

Positionspapier des Landkreises Hameln-Pyrmont und der kreisangehörigen Städte und Gemeinden vor dem Hintergrund der geplanten Elektrifizierung des Bahnstreckenabschnitts Hameln - Elze

Der Deutsche Bundestag hat am 02.12.2016 das Dritte Gesetz zur Änderung des Bundesschienenwegeausbaugesetzes beschlossen. Es ist am 30.12.2016 in Kraft getreten. Dieses Gesetz umfasst als Anhang auch den geltenden Bedarfsplan für den Ausbau der Schienenwege des Bundes. Kurz vor den abschließenden Beratungen zum aktuellen Bundesverkehrswegeplan (BVWP) wurde das Schienenprojekt 27 „ABS Lehrte/Hamel-Braunschweig-Magdeburg-Roßlau“ für viele Beteiligte überraschend in den BVWP aufgenommen, später jedoch mit einem „Prüfvermerk“ versehen und in den potenziellen Bedarf eingestuft. Nach Maßgabe des Bundesschienenwegeausbaugesetzes steigen Projekte des potenziellen Bedarfs in den vordringlichen Bedarf auf, sobald nachgewiesen ist, dass diese Projekte die Kriterien hierfür erfüllen. Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) hat am 06.11.2018 veröffentlicht, welche Projekte des potenziellen Bedarfs in der gesamtwirtschaftlichen Bewertung ein positives Nutzen-Kosten-Verhältnis erreichen und somit in den vordringlichen Bedarf aufsteigen. Auch das Schienenprojekt 27 wurde aus dem potenziellen Bedarf in den vordringlichen Bedarf hochgestuft.

Durch die Elektrifizierung des Streckenabschnitts Hameln - Elze wird die Voraussetzung für eine südliche Umfahrung des Bahnknotens Hannover sowie des Engpassbereiches Lehrte-Braunschweig durch Güterzüge der Relation Ruhrgebiet - Mitteldeutschland geschaffen. In den Abstimmungen zwischen Bund und DB AG zur Priorisierung der Bedarfsplanvorhaben wurde daher entschieden (als erstes Teilvorhaben), mit der Planung der Elektrifizierung Hameln- Elze noch im Jahr 2020 zu beginnen. In verschiedenen Resolutionen, Anschreiben und persönlichen Kontakten hat der Landkreis Hameln-Pyrmont gemeinsam mit seinen kreisangehörigen Städten und Gemeinden Aerzen, Bad Münder, Bad Pyrmont, Coppenbrügge, Emmerthal, Hameln, Hess. Oldendorf und Salzhemmendorf in den vergangenen Jahren versucht, Einfluss auf die Pläne zum Ausbau und zur Elektrifizierung des Bahnstreckenabschnitts Hameln-Elze (Projektnummer 2-046-V02) zu nehmen. Aus Sicht der betroffenen Städte und Gemeinden, des Landkreises sowie der gesamten Region Weserbergland konnte dem Vorhaben bislang jedoch nicht vorbehaltlos zugestimmt werden.

Der Ausbau des Bahnverkehrs bietet allerdings aus Klimaschutz- und verkehrspolitischen Gründen auch positive Entwicklungsimpulse für die Region. Eine Elektrifizierung trägt zur besseren regionalen und überregionalen Vernetzung im Schienenverbund der Deutschen Bahn bei. Sie ist geeignet, den Anteil der Treibhausgas-Emissionen des Verkehrssektors von derzeit landkreisweit 29 % nennenswert zu senken. Eine CO₂-Reduzierung durch die Elektrifizierung des Bahnstreckenabschnitts Hameln-Elze wäre ein klimaschutzpolitischer Schritt nach vorne und untermauert das langjährige Klimaschutzengagement des Landkreises zukunftsweisend. Verkehrspolitisch verbessert die Elektrifizierung auch die Möglichkeiten der Nutzung des Streckenabschnittes und damit der Verbindung in Richtung Hildesheim für den SPNV.

So sehr seitens des Landkreises Hameln-Pyrmont und der betroffenen Städte und Gemeinden die Pläne von Bund und Land zum Ausbau der Bahnstrecken unterstützt werden, so sehr ist den betroffenen Kommunen auch daran gelegen, die negativen Begleiterscheinungen einer

solchen Entwicklung ausreichend gewürdigt und berücksichtigt zu wissen. Die Notwendigkeit funktionierender Güterverkehrsbeziehungen wird dabei nicht in Abrede gestellt, aber es bestehen Befürchtungen, dass es durch die intensivere Inanspruchnahme einer elektrifizierten Bahnstrecke Hameln - Elze durch den Güterverkehr zu Lärmbetrübungen kommt. Des Weiteren besteht die Sorge, dass vorhandene, höhengleiche Bahnübergänge stark befahrener innerstädtischer Verbindungsstraßen sich zu unzureichend passierbaren Engpässen zwischen den Stadtquartieren entwickeln. Vor diesem Hintergrund fordern wir daher vom Bund und vom Land Niedersachsen folgende Maßnahmen vorher bzw. zeitgleich umzusetzen:

- **Ein transparentes und effizientes Beteiligungsverfahren** auch für die Öffentlichkeit vor Eintritt in die Planungen zur Elektrifizierung des Streckenabschnitts Hameln-Elze.
- **Moderne, effektive ortsbild- und landschaftsverträgliche Lärmschutzmaßnahmen** entlang des Streckenabschnitts Bad-Pyrmont – Kirchohsen – Hameln – Coppenbrügge – Elze.
- **Sicherstellung des fließenden Individualverkehrs** durch finanzielle Unterstützung des Bundes und des Landes für Bahnüber- und Unterführungen zur Beseitigung von höhengleichen Bahnübergängen an kommunalen Straßen u. a. in Kirchohsen, Hameln-West und Coppenbrügge/Krankenhaus Lindenbrunn.
- **Verbesserungen im öffentlichen Personenverkehr** durch den Bund und das Land Niedersachsen sowie die Landesnahverkehrsgesellschaft (LNVG) hinsichtlich des regionalen und überregionalen Fahrplanangebotes. Der Personenverkehr muss Vorrang haben.
- **Neueinrichtungen von Bahnhaltelpunkten**, u. a. in Afferde, sowie auf dem nicht von der Elektrifizierung betroffenen Streckenabschnitt Hameln – Löhne in Hameln-West und Fischbeck.

Nur wenn es gelingt, diese Maßnahmen umzusetzen und die im Raum stehenden Fragen stichhaltig zu beantworten, wird die Akzeptanz deutlich erhöht und die Realisierung vor Ort erleichtert, was wiederum der gesamten Region zu Gute kommt!

Dirk Adomat
Landrat Landkreis Hameln-Pyrmont

Claudio Griese
Oberbürgermeister Stadt Hameln



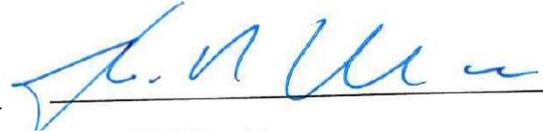
Andreas Wittrock
Bürgermeister Flecken Aerzen



Hartmut Büttner
Bürgermeister Stadt Bad Münder



Klaus Blome
Bürgermeister Stadt Bad Pyrmont



Hans-Ulrich Peschka
Bürgermeister Flecken Coppenbrügge



Andreas Grossmann
Bürgermeister Gemeinde Emmerthal



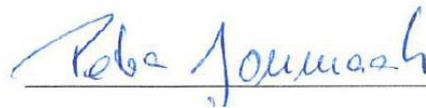
Harald Krüger
Bürgermeister Stadt Hessisch Oldendorf



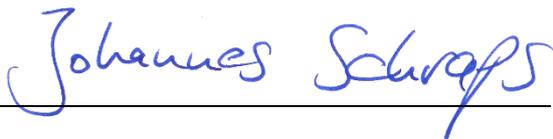
Clemens Pommerening
Bürgermeister Flecken Salzhemmendorf



Ulrich Watermann
MdL



Petra Joumaah
MdL



Johannes Schrapf
MdB